



Ausgabe 206 - 20. Dezember 2019

Intro

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer themenreichen Sitzungswoche geht das politische Jahr 2019 zu Ende. Der Deutsche Bundestag kommt zu seiner nächsten Sitzung im Januar zusammen. Diese Ausgabe meines Newsletters ist also auch die letzte dieses Jahres. Das bietet mir die Gelegenheit, mich bei Ihnen für Ihr Interesse zu bedanken.



Meine Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und ich wünschen Ihnen einen besinnlichen vierten Advent, frohe Weihnachten und alles Gute für das kommende Jahr 2020!

Mit besten Grüßen

Ihr Patrick Schnieder

Rede im Bundestag: Planungsbeschleunigung

Beim Ausbau unserer Infrastruktur befinden wir uns in einer paradoxen Situation. Der Bund stellt die höchsten Investitionen aller Zeiten in Straßen, Schienen, Brücken oder Wasserstraßen bereit. Noch nie standen mehr Fördermittel für den ländlichen Raum zur Verfügung. Dennoch kommt die Modernisierung unserer Infrastruktur nicht in dem Tempo voran, wie wir uns das wünschen. Die Ursachen dafür liegen nicht nur bei Kapazitätsauslastungen der Bauwirtschaft und fehlendem Personal für die Planung in den dafür zuständigen Bundesländern (wie z.B. in Rheinland-Pfalz), sondern auch bei komplizierten und langwierigen Genehmigungsprozessen. Um diese Prozesse zu verschlanken, haben wir zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, zu denen ich im Plenum gesprochen habe.

Mit dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ist vorgesehen, für ausgewählte Eisenbahn- und Wasserstraßenprojekte nicht den üblichen Verfahrensablauf – Bundesverkehrswegeplan, Raumordnungsverfahren, Linienbestimmung und Planfeststellungsverfahren bis zum Bau – zu beschreiten, sondern diese Verkehrsprojekte als Gesetz zu beschließen und sie anschließend umzusetzen. Dies beschleunigt Projekte deutlich. Gleiches gilt für das Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. So soll zum Beispiel bei Ersatzneubauten ein einfaches Genehmigungsverfahren gelten anstelle des bisherigen aufwendigen Planverfahrens.

Die Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, sollen die Infrastruktur verbessern. Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind wichtige Bausteine, um das Geld zügig verbaut zu bekommen.

https://youtu.be/Bxp659_1eWM

Den heimischen Wald im Blick

Antrag "Unser Wald braucht Hilfe - Waldumbau vorantreiben" verabschiedet

"Wald ist Heimat!" Das ist für uns Eifeler eine Selbstverständlichkeit. In einem waldreichen Land wie Deutschland wird diese Aussage wahrscheinlich auch von vielen Bürger aus anderen Regionen unterschrieben. Unser Wald ist unser

Erholungsraum, er ist aber auch Klimaschützer und er ist Lebensgrundlage für etwa 1,1 Mio. Beschäftigte, die mit Wald und Holz arbeiten. Geht es den Wäldern schlecht, geht uns das alle an!

Die Jahre 2018 und 2019 haben unseren heimischen Wäldern enorm zugesetzt. Ich habe mir im letzten Sommer selbst ein Bild von der Situation im Prümer Forst gemacht. Die Schäden, die aufgrund von Dürre, Stürmen und Schädlingen entstanden sind, sind gewaltig.

Das beeinträchtigt nicht nur das Landschaftsbild erheblich oder betrifft uns beim erholsamen Spaziergang durch den Wald. Die Schäden gehen ans Mark der privaten und kommunalen Waldbesitzer und sie haben gravierende Auswirkungen auf die nachgelagerten Wirtschaftsbereiche. Allein das Volumen des Schadholzes lag 2018/2019 mit 70 Mio. m³ über der Gesamtjahreseinschlagsmenge aller zwei Millionen Waldeigentümer sowie Forstverwaltungen. Die Preise für Holz, vor allem für Fichtenholz sind dramatisch gesunken. Gleichzeitig müssen die Wälder wieder aufgeforstet werden. Das ist eine enorme Belastung für alle Waldbesitzer.



[Zum Antrag](#)

Die Auswirkungen von Dürre und Schädlingen sind nicht zu übersehen. Im August war ich mit Vertretern des Forstamtes Prüm und mit Aloysius Söhngen, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm, im Prümer Forst.

Die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD haben in dieser Woche einen Antrag an die Bundesregierung verabschiedet, mit dem wir konstruktiv und lösungsorientiert beim Bewältigen der aktuellen Herausforderungen unterstützen wollen. In einer öffentlichen Anhörung, die der parlamentarischen Beratung dieser Woche vorangegangen war, hat sich gezeigt, dass unsere Vorschläge bei den Betroffenen auf Zustimmung stoßen: kurzfristige Aufarbeitung und Verwertung des Schadholzes in den Wäldern; zeitnahe Nachpflanzen mit Baumarten, die den veränderten Umweltbedingungen standhalten; zudem müssen die Ökosystemleistungen des Waldes honoriert werden. Wir wollen sicherstellen, dass die von der Bundesregierung für die nächsten vier Jahre versprochenen 547 Mio. Euro möglichst schnell, fair und effizient verteilt werden.

Unserer Fraktion ist es wichtig, Lösungen aufzuzeigen, wie standortgerechter Waldumbau stattfinden kann. Außerdem legen wir in dem Antrag einen Schwerpunkt auf die Vermarktung und Nutzung des Holzes. Wir fordern, dass baurechtliche Vorschriften zugunsten des Holzbaus geändert werden und eine Holzbauoffensive 2030 aufgelegt wird.

[Zum Antrag](#)

Ausnahmen bei der Bonpflicht müssen möglich sein!



Peter Altmaier hat Recht, wenn er sich bei Bundesfinanzminister Scholz dafür einsetzt, den Kassenbon-Irrsinn zu stoppen, bevor es zu spät ist.

Das Gesetz, das der Bundestag 2016 verabschiedet hatte, sollte in dem Entwurf des damaligen Bundesfinanzministers Schäuble gar nicht mit der Kassenbonpflicht versehen werden. Dazu kam es auf Drängen des Koalitionspartners SPD. Die CDU/CSU hat sich dann dafür eingesetzt, dass es eine Möglichkeit geben muss, Ausnahmen von dieser allgemeinen Bonpflicht zu machen.

Das Gesetz sieht diese Möglichkeit auch vor. Nur: Die Anordnung des Bundesfinanzministers an die nachgeordneten Finanzbehörden setzt die Kriterien für Ausnahmen so eng, dass in der Praxis ein bürokratischer Wahnsinn droht. Die Ausnahmemöglichkeit sollte genutzt werden, um für Unternehmer und Verbraucher praktikable Anwendungsmöglichkeiten zu schaffen.

Das Klimapaket ist verabschiedet

Es ist geschafft, Bundestag und Bundesrat haben das Klimapaket nach der Einigung im Vermittlungsausschuss verabschiedet. Anfang der Woche war der Durchbruch gelungen. Dabei haben wir Wert darauf gelegt, dass es bei höheren Belastungen auf der einen Seite auch höhere Entlastungen geben muss.

Der Einstiegspreis bei CO₂-Zertifikaten wurde angehoben: 2021 soll ein Zertifikat für eine Tonne CO₂-Emissionen 25 Euro kosten. Dieser Betrag steigt dann jährlich bis 2024 um 5 Euro an, 2025 soll es einen Sprung von 10 Euro auf dann 55 Euro geben. Die Zertifikate werden durch die Großhändler erworben und an die Kunden weitergegeben. Das bedeutet, dass ein Liter Benzin 2021 etwa 7 Cent teurer wird, Diesel voraussichtlich 8 Cent.

Gleichzeitig sollen Entlastungen für einen Ausgleich sorgen: So wird die EEG-Umlage deutlicher als bisher angedacht gesenkt. Statt um 0,25 Cent pro Kilowattstunde werden es 2021 1,75 Cent weniger sein. Diese Entlastung wird jeder Verbraucher beim Strompreis merken.

Die Pendlerpauschale wird zudem steigen: ab dem 21. Kilometer soll sie ab 2021 nun 35 Cent betragen, 2024 steigt dieser Betrag auf 38 Cent. Zudem wird es eine Mobilitätsprämie für Geringverdiener geben und die Tickets bei der Deutschen Bahn werden günstiger, da die Mehrwertsteuersenkung hier greift.



<https://youtu.be/rSde9xZMQFA>

Wittlicher stehen auf gegen Rechts

Beeindruckend! Wittlich singt uns alle wach und steht auf gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass! Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlichen Dank für ihre Zivilcourage und für dieses schöne Video!

<https://youtu.be/elZGMA2I7P0>

Jugendmedienworkshop in Berlin - Jetzt bewerben!



Aufgepasst! Du interessierst Dich für Journalismus, bist zwischen 16 und 20 Jahre alt und hast Lust, den Medienbetrieb in der Bundeshauptstadt kennenzulernen? Dann solltest Du Dich für den Jugendmedienworkshop 2020 bewerben.

Der Jugendmedienworkshop ist eine außergewöhnliche Gelegenheit, in den Berliner Presse- und Politikbetrieb hineinzuschauen! Wer daran Interesse hat, sollte sich schnell bewerben! Die Bewerbungsphase endet am 17. Januar 2020!

Der Deutsche Bundestag, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Jugendpresse Deutschland e.V. laden vom 21. bis 29. März 25 junge Medieninteressierte zum Workshop nach Berlin ein. Das Thema ist in diesem Jahr "Stadt, Land, Flucht?! - Lebens- und Wohnräume heute und in Zukunft".

Die Teilnehmer erwarten ein abwechslungsreiches Programm: Es gibt Gespräche mit Politiker und Medienmachern, Einblicke in Redaktionen vor Ort und zudem werden die Teilnehmer auch selbst aktiv und stellen eigene Zeitung auf die Beine.

Interesse geweckt? Dann geht's hier weiter: www.jugendpresse.de/bundestag

Viel Glück bei der Bewerbung!

Postskriptum

Ein Nachtrag zum ZDF-Beitrag über Daleiden

Im Volksfreund war diese Woche zu lesen, das ZDF habe auf die berechtigte Kritik des Ortsbürgermeisters von Daleiden, Herbert Maus, geantwortet: Selbstkritik? - Nö! Noch mal drüber nachdenken, was man mit so einem Beitrag anrichtet? - Nö? Fehler eingestehen und zur Richtigstellung beitragen? - Auf gar keinen Fall! Angesichts der Tatsache, dass es bei der Deutschland-Studie des ZDF um Fakten gehen soll, geht die Redaktion ziemlich schlampig damit um. Das trägt weder zur Glaubwürdigkeit des gesamten Beitrags oder der Studie bei, noch ist es eine Reaktion, die ich mir in diesen Zeiten von einem öffentlich-rechtlichen Sender gewünscht hätte. Wenn beim nächsten Mal die Faktentreue der Medien diskutiert wird, kann sich diese Redaktion kein Ruhmesblatt anhängen. Mir geht es nicht darum, den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Sippenhaft zu nehmen. Viele Angebote sind gut recherchiert und aufbereitet. In diesem Fall ist das aber leider nicht ganz so gut gelungen. Mir fehlt die selbstkritische Reflexion bei den verantwortlichen Redakteuren.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

[Kontakt](#)



CREATED BY
Patrick Schnieder MdB